

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (14)

7. Jahrgang.

Mittwoch, 22. Juni 1927.

Nr. 144.

Wehrmacht und Sozialdemokratie.

Die Revolutionen Mitteleuropas von 1918/1919 haben der Sozialdemokratie eine Fülle neuer Erkenntnisse und Erfahrungen gebracht, haben uns eine konkrete Vorstellung von dem Wege zu Demokratie und Sozialismus gebracht, den wir in den nächsten Jahren zu beschreiten haben. Eine der wichtigsten Aufgaben des Proletariats, insbesondere in der Epoche des Faschismus, da das Bürgertum in einzelnen Ländern die Demokratie beiseite hat und die Herrschaft über die Arbeiterklasse einzig und allein mit den Mitteln brutaler Gewalt aufrecht erhält, ist, dafür zu sorgen, daß das Heer nicht ein Werkzeug der Reaktion gegen die Arbeiterklasse wird. Die Demokratisierung der Wehrmacht muß daher eine der Hauptaufgaben der Sozialdemokratie sein. Sie muß das Heer aus einer Waffe der Reaktion zum Schützer der Demokratie machen. Der Berufung einer, der Schöpfer der demokratischen Wehrmacht der Republik Österreich, Genosse Julius Deutsch, lenkt in einem soeben erschienenen, lesenswerten und klugen Buche die Aufmerksamkeit der sozialistischen Öffentlichkeit auf dieses für die sozialdemokratischen Parteien außerordentlich wichtige Problem*).

In der Zeit des deutschen und österreichischen Kaiserreichs mit ihrem feudalen Militarismus galt als Lösung der sozialdemokratischen Massen: Diejem System keinen Raum und keinen Großen! Der Kampf war ein Kampf für die Abrüstung und gegen jedes Wehrsystem überhaupt. Es schien, als ob der Kampf der Arbeiterklasse denselben Inhalt und dasselbe Ziel hätte wie der bürgerliche Pazifismus. Allerdings zogen die Programme der sozialdemokratischen Parteien der Vorkriegszeit zwischen Arbeiterklasse und pazifistischem Bürgertum einen dicken Strich, indem zum Beispiel der Pariser Kongress von 1889, auf dem die sozialistische Internationale gegründet worden ist, „mit der Abschaffung des stehenden Heeres die allgemeine Volkswaffenung“ verlangte. Ebenso traten die Führer der internationalen Sozialdemokratie wie Bebel 1892 in einer Reichstagsrede für die Volkswaffenung ein, Viktor Adler erklärte sich auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie von 1903 „für die Bewaffnung des Volkes im proletarischen Sinne“ und Jean Jaurès forderte in seinem glanzvollen Werke „Die neue Armee“, die „volle Tätigkeitsentfaltung eines wahrhaft volkstümlichen und zweckmäßigen Armeesystems zu führen, wie die Anstifter von Konflikten niederzuschlagen“.

So war also programmatisch die Volkswaffenung als Forderung der Sozialdemokratie niedergelegt, während in den Massen der Wunsch lebendig war, jedes Wehrsystem zu beseitigen. Diese pazifistische Stimmung erreichte gerade in den Tagen des Kriegsendes und der Revolution ihren Höhepunkt. Gerade in den schicksalsschweren Tagen des Zusammenbruchs der feudalen Militärmonarchie und des Aufbaues des neuen Deutschlands und Österreichs, da die revolutionären Ereignisse ein wehrhaftes Proletariat als Stütze für den Aufbau der neuen Staaten erforderten, waren breite Massen der Arbeiterklasse von dem einzigen Wunsche nach Frieden erfüllt. Die pazifistischen Gefühle der Massen fanden im Widerspruch zu den revolutionären Notwendigkeiten und daran scheiterte — wie Deutsch meint — letzten Endes die deutsche Revolution. „Nur die Extremen des politischen Lebens griffen zu den Waffen: Die reaktionären Offiziere und die ultrarevolutionären Spartaisten. Die großen Arbeitermassen, die, wenn man sie in die militärische Organisation hätte bringen können, die Entscheidung gebracht haben würden — die blieben zu Hause. Sie wollten vom Waffen-

handwerk nun einmal nichts wissen“. Nach dem Niederschlagen der linksputschistischen Elemente geriet so die Reichswehr ins Lager der Reaktion.

Anderes ging die Entwicklung in dem kleinen Oesterreich. Dort wurde die Volkswaffenung von Anfang an zu einem Instrument der Arbeiterklasse, die von der Sozialdemokratie geführte Arbeiterklasse baute die Volkswaffenung auf und schlug die Abenteuerer von links und rechts nieder. Trotz der Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain, der Oesterreich nicht die allgemeine Volkswaffenung, sondern ein Söldnerheer von 30.000 Mann zugestand, kam es zum Aufbau einer demokratischen Wehrmacht. Als die tragende Säule eines demokratischen Heeres bezeichnet nun Deutsch die Verleihung politischer Rechte an die Soldaten, den Aufbau eines geistlich gewährleisteten Vertrauensmännerstems, die Arbeitsausbildung im Heere, die Beseitigung der Offiziersherrschaft und die parlamentarische Kontrolle. All dies schildert uns der ehemalige sozialdemokratische Staatssekretär für das Heerwesen am Beispiel der österreichischen Volkswaffenung, und man empfängt bei dieser Darstellung wertvolle Erkenntnisse, was Demokratie, insbesondere Demokratie der Wehrverfassung bedeutet. Dem tschechoslowakischen Leser des Buches drängen sich Vergleiche zwischen der Wehrverfassung der Tschechoslowakei und Oesterreich auf, er erkennt, daß das tschechoslowakische Heer von einer demokratischen Armee himmelweit entfernt ist, und daß der Erbe des alten Oesterreichs auch in der Wehrverfassung nicht die österreichische Republik, sondern die Tschechoslowakei ist.

Unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse war auch das Bürgertum bei uns zu Lande anfangs gezwungen gewesen, Anstöße zu einer demokratischen Heeresverfassung zu schaffen — wenn auch der nationale Streit von Anfang an die Entstehung eines wirklich demokratischen Volkshheeres verhinderte. In den ersten Tagen der Tschechoslowakischen Republik sagte der Soldat zum Offizier „Bruder“ und sprach ihn mit „Du“ an, und noch in dem Wehrgesetz von 1920 war das Milizsystem vorgezogen, die Verfassung gab den Soldaten das Wahlrecht. Seither sind aus dem tschechoslowakischen Heere, wenn auch kein feudales Heer, so doch die Soldaten der bürgerlichen Republik geworden, denen man ihr demokratisches Disziplinarverfahren ebenso genommen hat wie ihr Wahlrecht. Gerade das Wahlrecht aber verbindet die Soldaten mit dem zivilen Leben, stempelt sie zu vollberechtigten Staatsbürgern und verhindert, daß sie zum Werkzeug einer reaktionären Offizierskaste gemacht werden. „Die Verleihung der politischen Rechte an die Soldaten“, sagt Deutsch, „bedeutet in ihrem Ergebnis eine Entpolitisierung der Wehrmacht, nämlich eine Vorbeugung gegen ihren Mißbrauch zu politischen Zwecken.“ Die Bürgerblutmehrheit in der Tschechoslowakei wußte, was sie tat, als sie das Wahlrecht der Soldaten beseitigte. Es war einer der stärksten Striche, welche die Reaktion in den letzten Jahren geschnitten hat, sie hat ihren Einfluß auf die bewaffnete Macht dadurch gestärkt und den Großen zwischen Bevölkerung und Heer verbreitert. Den sozialistischen Parteien der Republik erwachen damit erste Probleme. Der Kampf gegen die reaktionäre Mehrheit des Parlaments bedeutet auch den Kampf gegen die Reaktion auf militär-politischem Gebiet, die für den Vormarsch der Arbeiterklasse außerordentlich gefährlich ist. Die Demokratisierung der Wehrverfassung muß eines der nächsten Ziele der sozialistischen Parteien des Landes sein, wozu die Wiederherstellung des Wahlrechtes der Soldaten nach Vernichtung der reaktionären Parlamentsmehrheit der erste Schritt sein wird. Im Kampfe um die Demokratisierung des Heeres werden die Erfahrungen der österreichischen Sozialdemokratie, wie sie uns Julius Deutsch vermittelt, uns ebenso wertvoll sein, wie den sozialistischen Parteien der übrigen Länder.

E. St.

Schlesien gegen die Verwaltungsreform.

Sechzehn große Kundgebungen.

Am Montag, den 20. Juni, fanden in 16 schlesischen Orten große Kundgebungen gegen die Verwaltungsreform und die Beseitigung der schlesischen Selbstverwaltung statt. Es waren dies die größten Kundgebungen, die Schlesien seit dem denkwürdigen 28. November 1905 gesehen hat.

Um 11 Uhr vormittags blieben am Montag die Fabriken und Werkstätten stehen, die Geschäfte machten zu, in geschlossenen Reihen zogen die Arbeiter und Angestellten auf die Versammlungsplätze. Die Christlichsozialen hatten in den letzten Tagen Flugblätter verteilt, um die Bevölkerung an der Teilnahme an der Demonstration abzuhalten. Nichtsdestoweniger haben in einzelnen Orten Christlichsoziale und der Gewerkepartei Angehörige mitemonstriert. Die größte Versammlung war in Jägerndorf, der behördliche Bericht selbst schätzt die Zahl der Teilnehmer auf 15.000. Das Referat erstattete hier Abg. Gen. Heeger. Die nächststärkste Demonstration war in Troppau, wo sich annähernd 10.000 Menschen am Diering versammelten. Den Vorsitz führte Gen. Stadtrat Lieb, der auch mitreferierte. In Würdenthal versammelten sich 4000 Menschen vor der Kirche und dem christlichsozialen Vereinslokal, es sprach Gen. Gen. Joll. In Waagstadt waren mehr als 2000 Personen anwesend, das Referat erstattete Gen. Gen. Polach, den Vorsitz führte Bizebürgermeister Gen. Heller. Weitere Versammlungen fanden statt in Freudenthal (1000 Teilnehmer), Wistadt (3000 Teilnehmer), Benisch, Teschen, Weidenau, Jauernigg, Freiwaldau (3000 Teilnehmer), Judmantei (Referent: Gen. Jischka aus Sternberg), Odrau, Odersberg, Odersdorf, Friedel. In allen Versammlungen wurde die nachstehende Resolution angenommen:

Die am 20. Juni l. J. um 11 Uhr vormittags tagende öffentliche Volksversammlung, einberufen von der deutschen Nationalpartei, Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, erklärt in feierlichster Weise einmütig, daß der vorgelegte Entwurf einer Verwaltungsreform auch nach den geplanten Änderungen, für das gesamte Volk und für uns Schlesier im besonderen absolut unannehmbar ist.

Abgesehen davon, daß die nichtsagenden Verbesserungen reichlich weltgewandt werden durch die Verschlechterung einzelner Bestimmungen des ur-

prünglichen Entwurfes, daß man die Regelung einer Anzahl wichtiger nationaler Fragen der Verwaltungsreform der Regierung überläßt, der tschechischen Großbürokratie demnach freiwillig das Recht einräumt, heiß umstrittene nationale Fragen eigenmächtig zu regeln, bleiben nach wie vor in der Vorlage enthalten:

- die Unterstellung des ganzen Volkes unter Polizei- und Bürokratenwillkür,
- die einen Raub darstellende Veräuflichung des letzten Restes des Selbstverwaltungsrechtes des deutschen Volkes,
- durch das Ernennungsrecht der Regierung und Droffnung des Budgetrechtes,
- das Sprachennurrecht gegen alle nichttschechischen Nationen,
- die Einschränkung des Wahlrechtes und die Zusammenlegung Schlesiens mit Währen,
- Beseitigung des letzten Verwaltungsgebietes, wo das deutsche Volk entscheidenden Einfluß hatte.

Jede Zustimmung zu diesem Entwurfe durch eine deutsche Partei bedeutet daher einen Selbstmord,

bedeutet eine Verleugung, einen Verrat der Zukunft des ganzen deutschen Volkes der Tschechoslowakei.

In letzter Stunde stellen die Versammelten vor aller Öffentlichkeit nochmals fest, daß diese Vorlage niemals Geleg werden kann, wenn die deutschen Regierungsparteien, dem Beispiele der drei deutschen Oppositionsparteien folgen und der Vorlage die Zustimmung verweigern, sie ablehnen.

Sollten die deutschen Regierungsparteien diesen Ausschrei des deutschen Volkes in Schlesien mißachten, dennoch der Vorlage zustimmen, oder sich mit dem demagogischen Hilfsmittel begnügen, nur ihre Abgeordneten und Senatoren in Schlesien bei der entscheidenden Abstimmung abzukommandieren, wodurch die Vorlage dennoch angenommen würde, dann verpflichten sich die Versammelten, das ganze deutsche Volk über diesen Verrat aufzuklären und darauf hinzuwirken, daß die deutsche Wählerschaft ihnen die gebührende Antwort gibt.

Der kommunistische „Desultory Dennis“ (Strau) hat erklärt, es werden kommunistische Redner die Gelegenheit zu Entlarvungen benötigen. Aus der Entlarvung wurde aber nichts, weil ihnen dazu die Gelegenheit nicht geboten wurde.

Die Regierungsdeutschen verzichten auf alle Minderheitsrechte.

Sie lehnen unseren Antrag auf freien Gebrauch der Muttersprache in den Bezirksvertretungen ab. — Selbst die tschechischen Nationalsozialisten dafür. Kramarj kündigt schon strikte Anwendung der Sprachenverordnung an.

Prag, 21. Juni. Die Koalition hat heute die Verwaltungsreform im Verfassungsausschuß nach ihren Wünschen erledigt; morgen soll auch noch die Wahlvorlage fertiggestellt werden, obgleich noch einige strittige Fragen vorhanden sein sollen. Ein Mißverständnis erregt, daß irgendwelche größere Änderungen in den Ausschlußberatungen nicht mehr erfolgt sind; die etwaigen Änderungen waren nur ganz nebensächlich oder sollten Schlampereien der überhasteten Gesetzesmacherei korrigieren.

Vergebens fragt man sich, wo denn die Änderungen sind, die die Reichskonferenzen der deutschen Agrarier und Christlichsozialen noch jüngst trotz ihrer prinzipiellen Verjahung der Vorlage verlangten und von denen sie sogar ihre endgültige Stellungnahme abhängig machen wollten! Falls man nicht gerade den geltend gemachten Korruptionsparagrafen 29 als persönlichen Erfolg unserer Regierungsdeutschen buchen will, bleibt wirklich nichts übrig, was sie als ihren Erfolg ausrechnen könnten.

Dafür haben diese unentwegten Vertreter der „Lebensinteressen des deutschen Volkes“ heute neuerdings einen Antrag Hadenberg, in die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen den freien Gebrauch der Muttersprache für alle Mitglieder zu sichern, abgelehnt. Sogar die tschechischen Nationalsozialisten, denen doch sicher kein Mensch irgendwelche internationale Regungen zutrauen wird und die auch in der Opposition anglich um den guten Ruf als tschechische Patrioten bedacht sind, haben dem Antrag Hadenberg zugestimmt, ebenso unsere tschechischen Genossen, die

auch bereits den analogen Antrag für die Landesvertretungen angenommen hatten.

Unsere Landbändler und Klerikalen hatten also diesmal wirklich die Entscheidung in der Hand; hätten sie ebenfalls für den Antrag Hadenberg gestimmt, so wären zumindest in den Bezirken die Sprachenrechte der Minderheiten ausreichend gesichert. So aber stimmten sie aus purer Angst vor dem drohenden Verlust der Ministerstühle den Antrag nieder. Sie wollen sich also ganz auf die Regierungsverordnung verlassen, die Svehla gnädigst an Stelle der doch beseitigten Sprachenverordnung für die slowakischen Gauen herausgeben will, obwohl die deutschen Bewohner dieses Staates gerade mit den Sprachenverordnungen bisher die aller schlimmsten Erfahrungen gemacht haben und sie also gerade in dieser Hinsicht doppelt und dreifach vorsichtig sein müßten.

Wir haben alles getan, was auf parlamentarischem Boden in unseren Kräfte stand, um die sprachlichen Rechte unserer künftigen deutschen Vertreter im voraus zu sichern; die Landbändler ziehen es vor, auf Kramarj und Svehla zu bauen, obgleich ersterer heute ausdrücklich erklärt hat, daß man auch bei der Herausgabe der Geschäftsordnung die Bestimmungen der Sprachenverordnung nicht werde überschreiten dürfen.

Wir müssen nun diese Regierungsverordnung abwarten. Aber das eine sei unseren Landbändlern und Klerikalen heute schon gesagt: wenn nach dieser Verordnung auch nur ein ein-

* Julius Deutsch: Wehrmacht und Sozialdemokratie. Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 21. Juni.

	Gold	Ware
100 holländische Gulden	1351.—	1357.—
100 Reichsmark	798.—	802.—
100 Belgas	497,50	470,50
100 Schweizer Franks	648,28	651,25
1 Pfund Sterling	164,92 1/2	164,52 1/2
100 Lire	188,50	189,00
1 Dollar	33,01 1/2	33,01 1/2
100 französische Franks	131,75	132,00
100 Dinar	59,00 1/2	59,50 1/2
100 Pennas	587,50	590,50
100 polnische Zloty	376.—	379.—
100 Schilling	473,37 1/2	470,37 1/2

Die Sowjetgranaten für die Reichswehr.

Berlin, 21. Juni. Vor dem Amtsgericht in Neudamm wurde gestern über die bekannte Angelegenheit der Sowjetgranaten für die deutsche Reichswehr verhandelt. Das kommunistische Wort in Halle hatte nämlich den sozialdemokratischen Abgeordneten Künstler, der im preussischen Landtag und im Reichstag diese Angelegenheit zur Sprache gebracht hatte, als Lügner bezeichnet. Künstler sagte und die verantwortliche Schriftleiterin wurde heute zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Künstler teilte mit, daß er in der vertraulichen Sitzung des Reichstagsausschusses in Gegenwart zweier kommunistischer Abgeordneter den Reichswehrminister gefragt habe, ob die Mitteilungen über die Beziehungen zwischen Sowjet-

Verwaltungsverfahren vorgeschrieben hätte. Sie hätten erklärt,

wenn die Entwicklung so weiter ginge, so würden wir bald kein Rechtsstaat mehr sein, weil die Rechtsansprüche der Bürger in den Hintergrund gedrückt und über allem die Behörde stehen würde.

Paragraph 71 wird nach einem Koalitionsantrag ganz umgeändert; er gibt nunmehr die Möglichkeit, auch für die im Zuge der Verwaltungsreform aufgelösten Bezirke eigene Kommissionen (ähnlich wie für das Land Schlesien) einzusetzen, die mit der Verwaltung der Anstalten, Unternehmungen und Straßen beauftragt sind.

Von oppositioneller Seite wird dagegen eingewendet, daß die Bestimmung „für die Zeit des Bedarfs“ sehr unklar ist und die jederzeitige Aufhebung dieser Kommission ermöglicht.

Paragraph 72 (Geschäftsordnung) wird analog wie bei den Landesvertretungen von der Koalition dahin abgeändert, daß die Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung durch Regierungsverordnung festgesetzt wird.

Wiederum stellt Genosse Hadenberg den Antrag, die Festlegung der Geschäftsordnung dem autonomen Beschluß der Bezirksvertretung zu überlassen. Sollte die Geschäftsordnung aber doch durch Regierungsverordnung oktroyiert werden, dann verlangt er die ausdrückliche Feststellung, daß jedes Mitglied der Bezirksvertretung in den Sitzungen des Plenums, der Kommissionen und Ausschüsse jederzeit seine Muttersprache gebrauchen kann.

Die Aufstellung einer derartig bindenden Richtlinie für die künftige Regierungsverordnung ist hier wohl noch viel berechtigter als bei den Landesvertretungen, da es eine Reihe rein deutscher Bezirke gibt, in denen die Verhandlungsfähigkeit der Vertretung geradezu in Frage gestellt wäre, wenn im Gebrauch der deutschen Sprache in Neben und im Protokoll irgendwelche Beschränkungen, die nach der analogen Regelung der Sprachenfrage im Gangesch nur allzu sicher zu erwarten sind, vorgenommen werden sollten. Die Vertreter der deutschen Regierungsparteien werden unter solchen Einschränkungen genau so zu leiden haben wie die Vertreter der Opposition.

Selbst die Vertreter der tschechischen Nationalsozialisten, die doch sonst um die Wahrung des tschechischen Charakters dieses Staates so besorgt sind, konnten sich den Ausführungen des Genossen Hadenberg nicht verschließen und stimmten ebenso wie die gesamte deutsche Opposition und die tschechischen Genossen für den Antrag Hadenberg. Die deutschen Regierungsparteien stimmten mit der ganzen tschechischen Koalition dagegen und brachten so den Antrag Hadenberg zu Fall!

Was man von der künftigen Regelung der

Reichswehr auf Wahrheit beruhen. Darauf habe Geßler erklärt, daß die Sowjetregierung nach Beendigung des russisch-polnischen Krieges an die Reichsregierung herangeritten sei und Munitionslieferungen angeboten habe. Mit der Führung der Verhandlungen sei der damalige Chef der Delegation, General v. Seckl, betraut worden. Im Jahre 1921 sei die Munition bestellt und in den Jahren 1925 und 1926 geliefert worden.

Die kommunistische Reichstagsfraktion sei also über den ganzen Sachverhalt vollkommen unterrichtet und feigne die Verbindung nur noch, weil sie sich vor den eigenen Parteigenossen schäme.

Sprachenfrage im Verordnungswege zu erwarten hat, geht aus dem Schlusswort des Dr. Aramark hervor, der erklärte, bei dieser Regelung müsse man sich selbstverständlich darnach richten, daß die Sprachenverordnung nicht übertreten werden dürfe, wenn man auch auf der anderen Seite dem entgegenkommen müsse, daß es sich um autonome Körperschaften handle.

Die weiteren Bestimmungen über das Budgetrecht und sonstige finanzielle Bestimmungen erfahren vielfach kleinere Änderungen durch die Koalition, die aber den weitergehenden Anträgen der Opposition nicht im mindesten entsprechen.

Erst die allgemeinen Bestimmungen (§ 90) lassen die Debatte wieder aufflammen. Die Opposition wendet sich namentlich gegen die Bestimmung, daß unter das Aufsichtrecht über die Gemeinden, das auf den Bezirksausschuss übergeht, nicht mehr die Entscheidung im Instanzenzug falle. Das heißt, daß bei Beschwerden und Rekursen nicht mehr die Selbstverwaltungskörper, sondern das Bezirksamt, bzw. das Landesamt zuständig ist.

Der Vertreter der Regierung, Dr. Sobel, erklärt, daß mit dieser Bestimmung das Aufsichtrecht und Genehmigungsrecht der Bezirke im allgemeinen nicht angetastet werde; man wolle aber die Entscheidung in Bau- und Tagelohnangelegenheiten sowie über Benützung des öffentlichen Gutes der Kompetenz der Selbstverwaltung entziehen und zur Instanz anvertrauen.

Mit der Annahme des zweiten Hauptstückes, das nunmehr das Inkrafttreten der Vorlage mit 1. Juli 1928 vorsieht, ist die Debatte beendet.

Nächste Sitzung morgen nachmittags halb 4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Wahlordnung in die Bezirks- und Landesvertretungen.

Ueber die Änderungen an der Wahlordnung erfährt die offizielle „Prager Presse“ folgendes:

Die mit 24 Jahren angelegte Altersgrenze für das aktive Wahlrecht bleibt zwar unverändert, doch wird die Dauer der Geschäftigkeit Änderungen unterworfen. Für die Wahlen in die Landesvertretungen sollen gegenüber dem Entwurf, der ein Jahr Geschäftigkeit in dieser oder jener Gemeinde des betreffenden Landes vorschreibt, alle berechtigt sein, die in einer Gemeinde des Landes drei Monate Geschäftigkeit haben. Die Dauer der Geschäftigkeit wird mithin auf den für Gemeindevahlen vorgeschriebenen Termin herabgesetzt. Für die Wahlen in die Bezirksvertretungen hingegen sollen alle berechtigt sein, die sonst den vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen und den Nachweis führen, daß sie ein Jahr in einer Gemeinde des Bezirkes, für den die Bezirksvertretung gewählt wird, sesshaft sind. Der einjährige Aufenthalt in diesem Bezirksdistrikt kann sich aber auf mehrere Orte erstrecken.

Auf den Zehenspitzen schlich Stephan hinter der Schwester her, auf den Gang hinaus.

Im Zimmer war nichts hörbar als François Atem. Das Lächeln um den Mund wurde schwächer, verlor sich im Gesicht, wurde vom ganzen Antlitz aufgeflogen, das mit zufriedener, gleichmäßigem, gelöstem Ausdruck im Gebauch des Kissens schlief.

Im Zoo aber thronte der Kondor wieder oben auf seiner Wacht und schaute über die Tierwiesen hinweg, unklammerte mit starken Fängen die Holzstange, auf der er seine Tage verbrachte. Sein weißlich-lahler Kopf mit dem herrlich gelogenen Schnabel war geradeaus gerichtet wie ein Pfeil. Der Blick seiner dunklen, harten Augen blieb an dem Horizont gefest, als sei jene blaue Ferne ein Schrei nach seiner Sehnsucht, ein Echo seiner Seele.

„Und der Kondor?“ fragte er hastig. Der weiße Verband hob sich leicht vom Kissen. Die Augen stimmerten unter dem hellen Tuch hervor. „Ist Kondor fort? Ist er fort, Kamerad?“

„Berggott, dachte Stephan, was will er eigentlich? Der Fingerdruck des Kleinen und seine dunklen Augen, die plötzlich Licht bekamen, als seien sie angeknüpft, ließen ihm keine Zeit, und als er später auf der Straße darufhin ging, wählte er nicht mehr, warum er gerade so und nicht anders geantwortet hatte.“

„Ja,“ sagte Stephan, „jawohl, der Kondor ist fort.“ Und als François mit einem „Merci!“ zufrieden in die Kissen zurückfiel, bekräftigte Stephan noch einmal: „Ganz fort ist der Kondor!“

Der Kranke lachte, als seien Schmerzen von ihm gewichen. Seine Augen schlossen sich, sein

Der letzte Tag!

Heute lauft die Frist zur Einschätzung in die Wählerverzeichnisliste ab.

Genossen und Genossinnen! Arbeiter, Arbeiterinnen!

Nehmt heute Euer Recht war, soweit Ihr es nicht schon getan habt.

Sagt es allen Kameraden, damit keiner auf sein Recht vergesse, dessen Ausübung

Pflicht gegen die eigene Klasse ist.

Wer den heutigen Tag verstreichen läßt, ohne sich sein Wahlrecht zu sichern, der wird im Herbst nicht mitentscheiden, wenn es zum Kampfe gegen unsere Feinde geht!

Neuwahlen in Rumänien.

Bukarest, Mitte Juni.

Der Machtkampf zwischen den Liberalen und der Regierung Averescu hat einen überraschend plötzlichen, aber zweifellos endgültigen Abschluß gefunden. Im richtigen Augenblick, noch bevor Averescu Zeit gefunden hatte, seine Machtstellung in der Armee und der Verwaltung fest zu verankern, haben die Liberalen ihren Einfluß beim Hofe ausgenutzt, um die mißliebige Regierung ohne viele Umstände verjagen zu lassen. Verjagen zu lassen, — denn wenn man die Details dieser Demission kennt, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Regierung Averescu nicht gegangen ist, sondern gegangen wurde in einer in der politischen Geschichte Rumäniens einzig dastehenden Weise.

Der Ausgangspunkt der Krise war, rein äußerlich genommen, ein königliches Handschreiben an den Ministerpräsidenten, in dem der Wunsch nach sofortiger Bildung einer Koalitionsregierung mit aller wünschenswerten Deutlichkeit ausgesprochen wurde. Daß dies die Demission der Regierung bedeutete, war Averescu sofort offenkundig. Aber mitten in den Vorbereitungen zur Diktatur bezifferte, mußte ihm nichts schwerer fallen als der Verzicht auf die Macht. So tröste er eine ganze Woche lang dem königlichen Willen. Die Zeitungen, die über diese neue Wendung berichten wollten, wurden konfisziert, im ganzen Lande war die öffentliche Erörterung der Regierungskrise — die gleichwohl ausgebrochen war — verboten, verzweifelte Anstrengungen wurden gemacht, sich noch in letzter Stunde die Unterstützung der Armee und Gendarmerie zu verschaffen. Aber es war vergebend und als Averescu einlenken mußte und mit den Parteien Fühlung zu nehmen versuchte, war es bereits zu spät. Noch hatte er nicht seine Demission gegeben, als ihm schon ein Abgesandter des Königs das Ernennungsdekret des neuen Ministerpräsidenten zur Gegenzeichnung überbrachte. Gegen alle Gespienheiten wurden sofort die wichtigsten Ministerposten besetzt, um den diktatorbesessenen Averescanern jede Möglichkeit einer weiteren Gegenwehr zu nehmen, und ehe noch die so erzwungene Demission der Regierung Gesetzeskraft erlangt hatte, waren bereits die neuen Minister in die Ministerien eingezogen.

Die liberale Partei, die politische Vertreterin der Hochfinanz und des Industriekapitals hat damit einen entscheidenden Sieg errungen. Unter den Treibhausbedingungen, die ein schrankenloser Protektionismus geschaffen hatte, hat sich in Rumänien der Kapitalismus zum beherrschenden Faktor des wirtschaftlichen und politischen Lebens entwickelt, noch bevor die Bauernschaft endgültig die Fesseln des feudalen Agrarregimes abgeschüttelt und sich ein kräftiges und als Klasse gefestigtes Proletariat gebildet hatte. Der Aufstieg der rumänischen Bourgeoisie — wenn man dieses Wort überhaupt auf eine Klasse anwenden darf, die sich in so vielen wesentlichen Punkten von dem historischen Normaltypus der Bourgeoisie unterscheidet — vollzog sich also nicht nur gegen das Proletariat sondern auch gegen die Bauernschaft. Dieser Umstand schuf scharfe Gegensätze sowohl zwischen der kapitalistischen Oligarchie und der antikapitalistischen eingestellten Bauernschaft, als auch zwischen der Oligarchie und den fortschrittlich gestimmten Schichten der unabhängigen Bourgeoisie. Das politische Hauptziel der liberalen Partei war und ist demnach, die Parteien der bäuerlichen und bürgerlichen Demokratie von der Macht fernzuhalten. Das ist ihr bisher noch immer gelungen. Mühte sie von der Regierung abtreten, so schob sie eine aus politischen Industriekritern gebildete Scheinpartei vor, die eine Zeilung in ihrem Namen regierte und abtreten mußte, sobald es ihr

Der Kondor.

Erzählung von Robert Grösch.

Das Krankenzimmer, in dem François lag, erinnerte an eine Wiese: hellgrüne Wände, über die sich eine buntemalke Decke spannte.

François Kopf ruhte auf dem Kissen wie ein dunkler Schatten. Eine Schwester mit weichem Häubchen saß auf der Bank, tauchte Leinwand in ein Wasserbeden und legte dem Kranken einen neuen Verband auf. Seine feibrigen Augen suchten an der Decke umher, seine Blide flatterten matt von Ede zu Ede.

„Maedmoiselle“, flüsterte er, „wann komm ich in Heimat?“ „Wald, François“, beruhigte sie ihn und bestete die Nadeln mit beruflicher Sachlichkeit in den weißen Verband, „sowie das Fieber vorbei ist.“

„Und der Kondor? Ist Kondor fort?“ Die Schwester sah etwas unwillig auf, nahm die Schüssel vom Stuhle und wand sich dann zu einem sachlichen Nicken. Seitdem er aus der Bewußtlosigkeit erwacht war, stellte er immer die gleichen Fragen. Fieberreden, dachte sie, und logte leichthin: „Ich weiß nicht.“ Dann ging sie durch die Tür.

Er wendete den Kopf zur Seite und schloß die Augen. Ihm war, als begänne die Luft um ihn her leise zu summen. Er hörte nicht, daß die Tür ging und ein Mann hereintrat. Stephan.

Der Elefantwärter rückte den Stuhl behut-

sam ans Bett, setzte sich und betrachtete die Hände des Kranken, durch deren gelbbraunen Ton die Adern bläulich schimmerten. Eine Fliege surrte durchs Zimmer und prallte gegen die Fenster, schwirrte auf und knallte wieder und wieder gegen die Scheiben.

François schlug die Augen auf, wendete langsam den Kopf herum und sah erstaunt zu Stephan auf. Um die Lippen des Kranken floss ein weiches, lächelnder Zug. „Bon jour, Monsieur Stephan“, sagte er müde und hob die Hand. Sie verschwand in Stephens breiter Taie.

„Wie geht's, François? Schmerzen?“ François bewegte den Kopf. „Ich komme in Heimat, Stephan!“

Stephan nickte. Der Kleine hielt die Taie fest.

„Und der Kondor?“ fragte er hastig. Der weiße Verband hob sich leicht vom Kissen. Die Augen stimmerten unter dem hellen Tuch hervor. „Ist Kondor fort? Ist er fort, Kamerad?“

„Berggott, dachte Stephan, was will er eigentlich? Der Fingerdruck des Kleinen und seine dunklen Augen, die plötzlich Licht bekamen, als seien sie angeknüpft, ließen ihm keine Zeit, und als er später auf der Straße darufhin ging, wählte er nicht mehr, warum er gerade so und nicht anders geantwortet hatte.“

„Ja,“ sagte Stephan, „jawohl, der Kondor ist fort.“ Und als François mit einem „Merci!“ zufrieden in die Kissen zurückfiel, bekräftigte Stephan noch einmal: „Ganz fort ist der Kondor!“

Der Kranke lachte, als seien Schmerzen von ihm gewichen. Seine Augen schlossen sich, sein



Rüftet zum Kinderntag

Senat.

Die gestrige Senatsitzung war ganz kurz. Der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über einige Änderungen des Bodenertragsgesetzes, welche die Slowakei betreffen, wurde ebenso wie der Bericht über den Handelsvertrag mit der Türkei genehmigt. Dann wurde die Novelle zum Vergesetz dem sozialpolitischen Ausschuss erneut zugewiesen und schließlich ein Auslieferungsbefehl wegen des Senators Kumpel abgewiesen. In einer zweiten Sitzung erfolgten Zuweisungen einiger Vorlagen an die Ausschüsse. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr vormittags.

gefiel. Eine solche Partei war auch die sogenannte Volkspartei Averescu's. Aber faschistische Strömungen und Machtgier politisierender Generäle mengten sich in ihr mit dem Industrialismus, das keine anderen Ziele kennt als die Regierungsmacht zu ergötzen und die Verrückung zur Selbständigkeit, zur Abschüttelung des liberalen Joches durch eine eigene Diktatur. Auf allen Gebieten hat Averescu diesem Ziel entgegengetrieben. Durch skrupellose Verschleudering des Staatsvermögens an seine Parteigänger suchte er — nach liberalem Muster — eine Parteidemokratie zu schaffen als Grundlage wirtschaftlicher Macht, durch Auslieferung Rumäniens an den italienischen Imperialismus wollte er sich die Hilfe Mussolinis sichern und durch Eindringen in Armeen und Verwaltung versuchte er, sich die wichtigsten Machtmittel des Staates in die Hände zu spielen. Er hatte zwar keine Zeit, sein Werk zu vollenden, aber seine brutale Abfertigung beweist, daß er nicht ohne Gefahr im Verzug war. Zweifellos hat auch die Krankheit des Königs die Lösung beschleunigt. Augenblicklich mag wohl keine Todesgefahr für den König bestehen, aber sein Tod ist doch nur eine Frage der Zeit. Eine Thronvalanz unter Averescu aber hätte den Liberalen gefährlich werden können. Es gibt ja noch einen Prinzen Carol...

Nun ist die korrupteste, gewalttätigste und unfähigste Regierung gegangen, die Rumänien jemals gehabt hat. Nichts illustriert ihre Tätigkeit besser als die Tatsache, daß sie in den letzten Tagen — inmitten der Krise und politischen Erregung — noch Zeit gefunden hat, alle verfügbaren Fonds an Parteigänger zu verschleudern, so daß sich die neue Regierung gezwungen sah, alle von den demissionierten Ministern erlassenen Zahlungsbefehle zu widerrufen zu lassen und die Presse einmütig ihre Bewunderung aussprach, daß in den Ministerien noch Möbel und Teppiche verblieben seien. Aber die neue Regierung verdient ebenso wenig Vertrauen. Sie ist formell eine Regierung zur Durchführung von Neuwahlen und hat bereits auch in einer Erklärung freie Wahlen versprochen. Ministerpräsident ist Fürst Barbu Stirbey, der Vertrauensmann der Liberalen und Tutimus des Hofes. Die Liberalen — vertreten allerdings nur durch Männer zweiter Garnitur — sind die härteste Koalitionspartei. Die sogenannte Bauernpartei Lupus, von der eigentlichen Bauernpartei abgesplittet, ist ebenso wie die Gruppe Argetoianu tatsächlich liberal. Zwar hat auch die nationale Bauernpartei, die eigentliche Vertreterin der bürgerlichen Demokratie einige Minister gestellt, aber ihr Einfluß ist gering. Gegenwärtig versucht man sie zu einem Wahlbündnis mit den Liberalen zu veranlassen. Tut sie das nicht, so ist es gar nicht ausgeschlossen, daß die sogenannte „Wahlregierung“ einer ausgesprochenen liberalen Regierung Platz macht, die dann die Wahlen in landesüblicher Weise durchführt und den Liberalen jene Mehrheiten sichert, die sie bei freien Wahlen jahrelang eifrig er kämpfen wollten.

Aber wie sich die Situation auch immer gestalten sollte, die Wiederanrichtung der konstitutionellen und demokratisch verfaßten Diktatur der liberalen Oligarchie steht nicht mehr in Frage. Weiblich das Kabinett Stirbey, so haben die Liberalen Mittel gefunden, sich bei den Wahlen die Mehrheit zu sichern. Weiblich es, dann wird eine rein liberale Regierung diese Mehrheit durch Terror und Schwindel fabrizieren. So ist zwar die Gefahr der Diktatur durch Averescu beseitigt, aber die Diktatur der Liberalen bleibt. Innenpolitisch wird sich dadurch wenig ändern, außenpolitisch aber dürfte es zu einer Wiederannäherung an Frankreich kommen, während die Beziehungen zu Italien gelockert werden.

Vor einer besonders schweren Aufgabe steht die rumänische Sozialdemokratie. Am 7. Juli finden die Neuwahlen bereits statt. Mitten aus der Arbeit am Aufbau der kürzlich erst gegründeten Partei gerissen, noch heute von den vorjährigen Wahlen materiell erschöpft, wird sie alle Kräfte aufzubringen müssen, um den Kampf zu heben, zumal die Freiheit der Wahlen sicherlich allzugroß sein wird. Bisher ist nicht einmal der Belagerungsstand aufgehoben worden. Aber es ist zu hoffen, daß es der Partei gelingen wird, sich endlich eine Vertretung im Parlament zu erkämpfen. Soz. Pressedienst.

Averescu hat drei Milliarden Lei gestohlen.

Warum er trotzdem nicht verhaftet wird.

Wie die Ordnung aussieht, die Ordnungsbefehle à la Averescu und Goga meinen, zeigen die Enthüllungen der Bukarester Presse über den Diebstahl von drei Milliarden Lei durch Averescu und seine Minister vor Uebergabe der Regierung an den Prinzen Stirbey.

Die Enthüllungen über die letzten „Amtshandlungen“ der Regierung Averescu, die ihrem bisherigen Wert die Krone aufsetzen, erregen in der rumänischen Öffentlichkeit ungeheures Aufsehen. Begehrterweise, denn was sich innerhalb eines einzigen Tages in den Regierungsgeschäften abspielte, ist, wie ein hauptstädtisches Blatt richtig bemerkt, in der an schmerzlichen Geschichten so reichen Politik dieses Landes ohne Präzedenzfall. Als die Regierung längst über ihren Abgang informiert war, als sie sich faktisch bereits im Stadium der allerdings höchst unfreiwilligen Demission befand, wurde ein Ministeratsbeschluss unterfertigt, durch den die Verteilung von fast drei Milliarden (genau 2800 Millionen) Lei zur Verteilung an die einzelnen Ministerien verfügt wurde. Und dieser Beschluss, der am 5. Juni gefaßt wurde, war — in manchen Fällen arbeiten auch in Rumänien die Ministerien, wie man sieht, mit ziemlicher Schnelligkeit — am 6. Juni bereits verwirklicht.

Innerhalb eines einzigen Tages wurden drei Milliarden des Staatsvermögens in die Taschen der Minister, Generalsekretäre und hohen Beamten überführt,

um ihnen das Scheiden von den bequemen Stühlen der Herrschaft etwas leichter zu machen.

Mit dem Löwenanteil an dieser Summe wurde das Departement des Herrn Goga, das Innenministerium, bedacht, das allein einen sogenannten Ergänzungskredit von 250 Millionen zur Verfügung gestellt bekam, ohne daß der Innenminister die Verwendung dieser Gelder irgendwie aufgeklärt hätte.

Nicht anders ging es in den anderen Ministerien zu. Der „Adeverul“, die größte Bukarester

Tageszeitung, berichtet, daß im Gesundheitsministerium Minister Lupas vor seinem Abgang direkt als Trinkgeld für die ihm geleisteten Dienste unter den höheren Beamten, die zugleich mit ihm scheiden mußten, die runde Summe von drei Millionen zur Verteilung brachte. Höhere Beamte in glänzender Position erhielten unter dem Titel „Satisfaktion“ Beträge bis zu 150.000 Lei ausbezahlt. Und dies zu einer Zeit, da den Spitalern die Anschaffung von Injektionspumpen und Serumapparaten mit der Begründung „Geldmangel“ verweigert wurde. Um die mit dieser Amtshandlung verbundenen Manipulationen in der für die Herrschaften gebotenen Dringlichkeit auszuführen, mußten die anderen Beamten und die Stenographinnen die ganze Nacht Dienst machen. Daß diesen nicht die kleinste Zulage für die Ueberstundenarbeit gewährt wurde, ergänzte auf bezeichnende Weise das Bild dieses ganz unglaublichen Mißbrauchs.

Eine Verhaftung Averescus und seiner Minister-Komplizen ist trotz alledem höchst unwahrscheinlich, da auch ihm bei Regierungsübernahme von den heute wieder herrschenden Liberalen ebenfalls nur leere Stufen übergeben wurden.

Bratianu kommt ans Ruder.

Bukarest, 21. Juni. (U.) Ministerpräsident Stirbey hat dem König soeben die Demission des Kabinetts überreicht. Der Rücktritt Stirbey's ist auf den Abbruch der Verhandlungen zwischen der nationalen Bauernpartei und den Liberalen zurückzuführen. Allgemein wird damit gerechnet, daß nunmehr Bratianu mit der Regierungsbildung spätestens bis morgen betraut wird. Das Innenministerium soll dem ehemaligen Außenminister Duca, das Außenministerium dem Londoner Gesandten Titulescu angeboten werden, Finanzminister soll Dimitrie Bratianu, der Bruder des vorausgehenden Ministerpräsidenten, werden. Als Kandidat auf den Posten des Generalsekretärs Lupescu, der ebenfalls zurückgetreten ist, wird der jetzige Kriegsminister General Anghelescu genannt.

Zielungnahme gegenüber der Rede Poincarés zwingen wollen. Als Interpellanten werden die Namen Leon Blum für den finanzpolitischen Teil der Interpellation und Fontanier für den außenpolitischen Teil genannt. Viel erörtert wurde in den Wandlungen der Stamme die Anwesenheit Calliaux. Man zieht daraus den Schluß, daß die Radikalsocialisten mit den Sozialisten zusammengehen werden, und nennt bereits Daladier als den demokratischen Interpellanten.

Essen, 21. Juni. Bei der Tagung der preuzischen Kommunalbeamten wies Ministerialdirektor Dr. Klauener vor preuzischen Innenministerium die Angriffe Poincarés in Lunéville gegen die preuzische Regierung zurück und stellte mit Entschiedenheit fest, daß die Organisation der preuzischen Polizei in genauester Uebereinstimmung mit den Vereinbarungen zwischen Deutschland und den Alliierten durchgeführt worden sei. Kein Knopf, keine Antenne und kein Mann seien über die vereinbarte Zahl hinaus vorhanden. Eine Abweichung würde er für ein Verbrechen an der Polizei und am Volk halten.

Deutschland.

Berlin, 21. Juni. Bei der Tagung der preuzischen Kommunalbeamten wies Ministerialdirektor Dr. Klauener vor preuzischen Innenministerium die Angriffe Poincarés in Lunéville gegen die preuzische Regierung zurück und stellte mit Entschiedenheit fest, daß die Organisation der preuzischen Polizei in genauester Uebereinstimmung mit den Vereinbarungen zwischen Deutschland und den Alliierten durchgeführt worden sei. Kein Knopf, keine Antenne und kein Mann seien über die vereinbarte Zahl hinaus vorhanden. Eine Abweichung würde er für ein Verbrechen an der Polizei und am Volk halten.

Frankfurt, 21. Juni. Bei der Tagung der preuzischen Kommunalbeamten wies Ministerialdirektor Dr. Klauener vor preuzischen Innenministerium die Angriffe Poincarés in Lunéville gegen die preuzische Regierung zurück und stellte mit Entschiedenheit fest, daß die Organisation der preuzischen Polizei in genauester Uebereinstimmung mit den Vereinbarungen zwischen Deutschland und den Alliierten durchgeführt worden sei. Kein Knopf, keine Antenne und kein Mann seien über die vereinbarte Zahl hinaus vorhanden. Eine Abweichung würde er für ein Verbrechen an der Polizei und am Volk halten.

Wien, 21. Juni. Bei der Tagung der preuzischen Kommunalbeamten wies Ministerialdirektor Dr. Klauener vor preuzischen Innenministerium die Angriffe Poincarés in Lunéville gegen die preuzische Regierung zurück und stellte mit Entschiedenheit fest, daß die Organisation der preuzischen Polizei in genauester Uebereinstimmung mit den Vereinbarungen zwischen Deutschland und den Alliierten durchgeführt worden sei. Kein Knopf, keine Antenne und kein Mann seien über die vereinbarte Zahl hinaus vorhanden. Eine Abweichung würde er für ein Verbrechen an der Polizei und am Volk halten.

Wien, 21. Juni. Bei der Tagung der preuzischen Kommunalbeamten wies Ministerialdirektor Dr. Klauener vor preuzischen Innenministerium die Angriffe Poincarés in Lunéville gegen die preuzische Regierung zurück und stellte mit Entschiedenheit fest, daß die Organisation der preuzischen Polizei in genauester Uebereinstimmung mit den Vereinbarungen zwischen Deutschland und den Alliierten durchgeführt worden sei. Kein Knopf, keine Antenne und kein Mann seien über die vereinbarte Zahl hinaus vorhanden. Eine Abweichung würde er für ein Verbrechen an der Polizei und am Volk halten.

Sozialistische Wahlerfolge in Polen.

Warschau, 20. Juni. Die am Sonntag in Lublin und Wilna vorgenommenen Kommunalwahlen ergaben für die Sozialisten, wie kürzlich in Warschau, wieder erfreuliche Erfolge. So erzielten sie in Lublin 18 gegen bisher neun Sitze, während die Nationaldemokraten nur 9 gegen bisher 28 Sitze erhielten.

Sozialistische Interpellation wegen der Rede Poincarés.

Paris, 21. Juni. Das Exekutivkomitee der sozialistischen Partei hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, wobei sie sich insbesondere mit der durch die Lunéville Rede Poincarés gestaffelten Lage beschäftigte. Es wurde beschlossen, in der am nächsten Donnerstag gemeinsam mit der radikal-sozialistischen Gruppe abzuhaltenden Sitzung an diese die Frage zu richten, ob es nicht am Platze wäre, die Regierung über ihre Finanz- und Außenpolitik zu interpellieren. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Außenpolitik, insbesondere deswegen, weil die Sozialisten die bürgerliche Linke zu einer klaren

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Donnerstag.

Berlin, 21. Juni. Bei der Tagung der preuzischen Kommunalbeamten wies Ministerialdirektor Dr. Klauener vor preuzischen Innenministerium die Angriffe Poincarés in Lunéville gegen die preuzische Regierung zurück und stellte mit Entschiedenheit fest, daß die Organisation der preuzischen Polizei in genauester Uebereinstimmung mit den Vereinbarungen zwischen Deutschland und den Alliierten durchgeführt worden sei. Kein Knopf, keine Antenne und kein Mann seien über die vereinbarte Zahl hinaus vorhanden. Eine Abweichung würde er für ein Verbrechen an der Polizei und am Volk halten.

Frankfurt, 21. Juni. Bei der Tagung der preuzischen Kommunalbeamten wies Ministerialdirektor Dr. Klauener vor preuzischen Innenministerium die Angriffe Poincarés in Lunéville gegen die preuzische Regierung zurück und stellte mit Entschiedenheit fest, daß die Organisation der preuzischen Polizei in genauester Uebereinstimmung mit den Vereinbarungen zwischen Deutschland und den Alliierten durchgeführt worden sei. Kein Knopf, keine Antenne und kein Mann seien über die vereinbarte Zahl hinaus vorhanden. Eine Abweichung würde er für ein Verbrechen an der Polizei und am Volk halten.

Wien, 21. Juni. Bei der Tagung der preuzischen Kommunalbeamten wies Ministerialdirektor Dr. Klauener vor preuzischen Innenministerium die Angriffe Poincarés in Lunéville gegen die preuzische Regierung zurück und stellte mit Entschiedenheit fest, daß die Organisation der preuzischen Polizei in genauester Uebereinstimmung mit den Vereinbarungen zwischen Deutschland und den Alliierten durchgeführt worden sei. Kein Knopf, keine Antenne und kein Mann seien über die vereinbarte Zahl hinaus vorhanden. Eine Abweichung würde er für ein Verbrechen an der Polizei und am Volk halten.

Wertvolles Geständnis über die verteuernde Wirkung der Zölle.

Man erinnert sich noch, daß anlässlich der Einführung der festen Getreidezölle die Agrarier und Christlichsozialen aller Nationen behauptet haben, daß die Zölle die Preise der landwirtschaftlichen Produkte nicht in die Höhe treiben werden. Wir haben schon einmal in dem Vergleich der Preise vor und nach der Einführung der Zölle nachgewiesen, daß diese Behauptung falsch ist. Nun kommt das Eingeständnis von agrarischer Seite selbst. Der „Veilob“ schreibt nämlich: „An der Tat, wenn die Zölle beseitigt würden, würde der Preis des Getreides wenigstens um ein Drittel sinken“. Dieses Eingeständnis des agrarischen Blattes sollte man in allen Orten der Tschechoslowakei bekanntgeben, zeigt es doch deutlich, was für eine Wirkung die Zölle gehabt haben.

Tagesneuigkeiten.

Donnerstag 11 Uhr Ankunft der Dzeanflieger in Prag.

Der Tschechoslowakische Aeroklub teilt mit: Die Dzeanflieger Chamberlin und Levine werden, falls keine technischen Hindernisse eintreten, Donnerstag gegen 11 Uhr vormittag auf dem Flugplatz in Prag-Abel eintreffen und werden dort vom amerikanischen Gesandten in Prag sowie von Vertretern der Regierung und verschiedenen Behörden und Korporationen begrüßt werden. Um 15 Uhr 30 werden die Flieger vom Präsidenten der Republik empfangen, um 17 Uhr findet ein Empfang auf der amerikanischen Gesandtschaft statt. Um 20 Uhr 30 Min. veranstaltet der Aeroklub im Gregoraaal des Gemeindefaßes zu Ehren der Gäste ein Abendessen.

Freitag früh besichtigen die Gäste per Automobil Karlstein, fahren hierauf nach Pilsen, wo sie die Stodawerke und das Bürgerliche Brauhaus besichtigen werden.

Die Flieger sind Gäste der Stadt Prag und des tschechoslowakischen Aeroklubs. Eine Ehrenfliegereskladron wird ihnen aus Prag entgegenfliegen.

Wien, 21. Juni. (AN.) Die beiden Dzeanflieger Chamberlin und Levine werden mit ihren Gattinnen morgen Mittwoch nach Budapest fliegen. Die Rückkehr nach Wien wird noch am Nachmittag desselben Tages erfolgen. Donnerstag treten die beiden Flieger den Flug nach Prag an.

Deutschbürgerliche Gemeindevertreter im Gefolge der tschechischen Nationaldemokraten.

Aus Olmütz wird uns geschrieben: Der Stadtrat vergibt im Offertwege Sanierungsarbeiten, die über eine halbe Million kosten. Am billigsten offerierte die Firma Erdwig Uhlir u. Komp. aus Brünn. Von den tschechischen Firmen stellte das niedrigste Angebot die Firma Blum u. Trulsky. Die tschechische Firma Dr. Karl Chlup war in der Durchführung um drei Prozent teurer als die Firma Blum u. Trulsky, in der Summe macht dies über 15.000 K aus. Da die Firma Blum u. Trulsky eine ähnliche Arbeit bereits im Offertwege zugewiesen erhielt, verlangte der tschechische Nationaldemokrat, man möge die Sanalarbeiten an die Firma Chlup, wenn diese auch teurer ist, nur deshalb vergeben, weil sie eine ausgesprochen tschechische Firma ist. Die Firma Chlup gehört zu jenen Firmen, die am liebsten tschechische unorganisierte Arbeiter aus der Wälschauer Gegend beschäftigen, weil diese, den Kollektivvertrag nicht beachtend, billiger arbeiten. Taggen hält die Firma Blum u. Trulsky strikte die Bestimmungen des Kollektivvertrages und die Arbeitszeit ein. Bei der Abstimmung waren sechs Stimmen für, sechs gegen den Antrag unserer Genossen, die Arbeiter der Firma Blum u. Trulsky zu vergeben. Der Vorsitzende stimmte für den Antrag der deutschen Sozialdemokraten. Taggen stimmten alle übrigen deutschen Vertreter in Gemeinschaft mit den tschechischen Nationaldemokraten, darunter auch der deutsche Gewerkschaftler Kraft. — Bemerkenswert ist auch, daß ein Antrag auf Bewilligung von 10.000 Kronen für einen Kongress der tschechischen Waldheger in Olmütz im dringlichen Wege in der Stadtgemeinde durchberaten wurde und eine Mehrheit findet. In einer Zeit, wo Panam, Parkverwaltung und Finanzreferent lamentieren, es sei kein Geld für Arbeiterlöhne da, wo es in Olmütz ungezählte Hungernde und Obdachlose gibt, werden Tausende von Steuergebern blindlings für derartige Veranlassungen und Vereine hinausgeworfen und auch dafür stimmen über Auftrag des tschechischen Agrariers die Deutschbürgerlichen! Hoffentlich wird mit ihnen in Olmütz und anderwärts gründliche Abrechnung gehalten.

Volkswirtschaft.

Die Sanierung der Brudersaden.

Wie mehrere Blätter berichten, hat das Arbeitsministerium bereits einen Gesetzentwurf betreffend die Neuordnung der Bergarbeiterversicherung ausgearbeitet. Der Entwurf enthält grundsätzlich folgendes:

Die Versicherung wird der Arbeiter-Sozialversicherung angeschlossen. Der Zusammenschluß erfolgt am 1. Jänner 1928.

Die bereits zugewiesenen Renten werden um ein Drittel herabgesetzt.

Neu in die Bergarbeiterversicherung Eintretende werden bereits nach der Sozialversicherung versichert sein. Den alten Mitgliedern der Brudersaden bleiben die Vorteile der Bergarbeiterversicherung gewahrt, die sonstige Mitgliedschaft beginnt aber nur als Beitragszeit. Zur Deckung des Defizits verpflichtet sich der Staat zu einer Annuität von 30 Millionen. Bereits zugewiesene Renten, die für das nächste Jahr mit 120 Millionen geschätzt werden, werden durch Beiträge des Staates, der Arbeitgeber und einem besonderen Kohlenproduktionszuschlag gedeckt. Dieser Zuschlag soll in den ersten zwei Jahren 15 Heller pro Meterzentner Förderhöhe betragen und jährlich 30 Millionen abwerfen. In zehn Jahren soll der Zuschlag abgebaut werden. Die Unternehmer sollen bis dahin jährlich 49 Millionen Kronen leisten. Außerdem soll der Staat mit circa 32 Millionen beisteuern, einem Betrag, der jährlich um circa 4 Millionen abnehmen wird. Die Bergarbeiter sollen einen besonderen Beitrag zahlen, der in den ersten fünf Jahren sieben Millionen betragen wird. Auf diese Weise soll die Auszahlung der zugewiesenen, beziehungsweise gesetzlichen Renten sichergestellt und die Sanierung durchgeführt werden. In diesen Beiträgen tritt noch der normale Sozialversicherungsvertrag hinzu. Die Vorlage soll im Herbst an das Parlament geleitet werden.

Diese wenigen Angaben genügen, um zu erkennen, daß es sich um einen schweren Anschlag gegen die Bergarbeiterversicherung handelt. Die Schätzung, daß bereits erworbene Ansprüche den Jubilanten, Witwen und Waisen genommen werden sollen, ist nicht nur ein schweres Unrecht, sondern ein glatter Rechtsbruch. Ebenso ist die Beseitigung gewisser Vorrechte, welche die Bergarbeiter angesichts des gefährlichen Berufes, den sie ausüben, und der Unfälle, die ihnen drohen, durch die Einbeziehung neuer eintretender Bergarbeiter in die allgemeine Sozialversicherung ohne daß ihnen eine Begünstigung gewährt wird, ein schweres Unrecht an den Bergarbeitern.

Über den Gesetzentwurf, der die ganze Arbeitslosigkeit der Bürgerblutmehrheit enthält, wird noch ausführlich gesprochen werden.

Gute Zeiten für Aktionäre.

Die Goldbütte veröffentlicht soeben ihren Rechnungsabschluss für 1926. Während der Reingewinn dieses Unternehmens im Vorjahre 24 Millionen betrug, ist er für 1926 auf 20,1 Millionen gestiegen. Die Dividende betrug für 1925 24 Kronen, für 1926 aber 28 Kronen.

Der Reingewinn der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft beträgt für 1926 6,9 Millionen, die Dividende beträgt acht Prozent, das ist 40 Kronen gegen 35 Kronen im Jahr zuvor.

Auch die Königshofer Zementfabrik A. G. konnte ihren Reingewinn von 1925 auf 1926 von 10,1 Millionen auf 12,8 Millionen Kronen erhöhen und führt angesichts der Ausdehnung des Unternehmens eine für die Aktionäre sehr gewinnbringende Kapitalerhöhung auf 25 Millionen Kronen durch.

Unternehmer gegen die Sozialversicherung.

Welcher unglaublichen Mittel man sich gegen die Sozialversicherung bedient, bzw. welche geistige Einstellung heute noch Arbeitgeber zur Sozialversicherung überhaupt erkennen, zeigt ein Fall, der sich im Gebiete der Blumenindustrie Nordböhmens abspielte.

Zur Zeit der Einführung der Sozialversicherung fanden zwischen Versicherungsanstalten, Gewerkschaften und Arbeitgebern Verhandlungen über eine Sonderregelung der Versicherungsbeiträge bei den Heimarbeitern statt. Die Blumenindustriellen Nordböhmens verlangten nun in diesen Verhandlungen als Kriterium für die Versicherungsbeiträge einen Mindestverdienst der Arbeiterinnen von K 48.— pro Woche. Wer die Arbeits- und Lohnbedingungen in der Blumenindustrie dieses Gebietes kennt, weiß, daß fünfzig und sechzig Stunden die Woche gearbeitet werden muß, um auf einen Lohn von K 30.— bis K 35.— zu kommen. Die Festlegung dieser Verdienstgrenze hätte sich also praktisch so ausgewirkt, daß mindestens ein Zehntel aller Arbeiterinnen in der Blumenindustrie von den Vorteilen der Sozialversicherung ausgeschlossen gewesen (auch Krankenversicherung) ausgeschlossen worden wären. Es ist wohl selbstverständlich, daß weder die Vertreter der Gewerkschaften noch der Versicherungsanstalten diesem Ansuchen zustimmen konnten.

Einige Tage darauf leistete sich nun der Arbeitgeber Herschel Johann, Blumenfabrik, Waidmühl (circa 600 bis 800 Beschäftigte), Heimarbeiterrinnen gegenüber folgende Äußerungen, weil sich die Verhandlungen verschoben hatten. (Prot. Aufnahme):

Ich kann Ihnen keine Arbeit mehr geben, da sie nicht über K 48.— die Woche verdienen. Arbeit wäre zwar genug, aber ich würde bei den

hohen Beiträgen in die Krankenkasse ein Beitrittsmitglied werden. Gehen sie nur auf die Krankenkasse nach Rixdorf und fragen sie dem Herrn Bauer, daß ich Ihnen keine Arbeit mehr geben kann. Er soll Ihnen Arbeit geben, weil er ja schuld daran ist, daß ich Ihnen keine neue Arbeit mehr geben kann. Das Allerbeste wäre, die Leute gingen überhaupt aus der Krankenkasse heraus und geben das Geld, was sie an Beiträgen zahlen sollen, in eine Blechbüchse. Wenn sie krank sind, könnten sie es herausnehmen, so aber, wenn sie in der Krankenkasse sind, haben sie doch nichts im Erkrankungsfall."

Es erübrigt sich, den Inhalt dieser Äußerungen zu interpretieren. Sie charakterisieren haarsträubend das menschliche und soziale Gewissen dieses Arbeitgebers.

Der Gen. B., welcher in der Aufforderung sich bei ihm Arbeit geben zu lassen, weil er schuld daran ist, daß ihm G. keine geben kann, eine Verabfolgung seiner Person in der Öffentlichkeit, erblickte, brachte die Klage beim Bezirksgerichte in Hainbisch ein. Das Gericht sprach B. — trotzdem es die Äußerungen des G. als erwiesene Annahme, von der Auflage frei. Auch hier ist wohl nach sozialistischer Ideologie von dem Werte des Arbeitsplatzes, ein Kommentar überflüssig.

Produktenbörse. (Offizieller Bericht vom 21. Juni.) Die heutige Börse war für einen Dienstag nicht besonders zahlreich besucht und auch das Geschäft bewegte sich zu Beginn in einem engen Rahmen. Am Getreidemarkte waren nur mäßige Umsätze und es überwiegt hier eher das Angebot. Die Gesamtmenge ist im Einklange mit den Auslandsmarkten eher flauer gehalten. Die notierten Schlusspreise bleiben im allgemeinen gegenüber dem Stande der letzten Börse unverändert und es schwächte sich nur böhm. Weizen um 4 K und Hafer ebenfalls um 4 K ab. Eine abgeflachte Haltung machte sich auch am Weizenmarkte geltend, wo sich im Preise zwar nur Weizenroggen um 5 K abschwächte, wo jedoch die Gesamtsituation nur kaum einem Rückgange Widerstand bot. Am Maismarkte verzeichnete einzelne Sorten gleichfalls eine Abschwächung um K 2.—3.—. Auf allen übrigen Märkten stagnierte das Geschäft beträchtlich und die Preise bleiben nur nominal in Geltung. — Es notierten in K: böhm. Weizen, Prag 250—256, böhm. Roggen 67—69, Ailo, Prag 233 bis 237, prima Gerste, Prag 190—195, Merkantilerste, Prag 175—180, tsch. Hafer, Prag 195—200, Mais, jugoslawischer, Preßburg 112—114, Mais, rumänischer, Kleinforän, Obergberg 135—135, Mais, La Plata, Teischen 146—150, Weizenmehl D 365 bis 400, Weizenmehl D 375—385, Weizenbrotmehl Nr. 4 310—320, ungar. Grobmehl, Znoj 365—400, amerit. Patentmehl, Teischen 385—400, Weizenroggen 405 bis 410, Einheitsroggenmehl 312—347, Roggenstammelmehl 165—170, Reis, Burma II., Teischen 280—285, Reis, Roumain, Teischen 365—370, Brudersaden, Teischen 240—270, Hirse 325—340, Erbsen, grüne 450—500, Erbsen, gelbe, 270—300, Erbsen, Viktoria, 450—500, Linen 520—420, Weißbohnen 160—180, Felschste 190—210, Sommerwilde 170—190, Winterwilde 500 bis 600, Zerst 450—500, böhm. Mohr, blau 775 bis 800, Weizenkörner 300—350, Kammeln, böhmischer 600 bis 625, Kammeln, holländischer, 650—700, Weizenkörner 128—132, Roggenkörner 128—132, Hopfenstaden 145 bis 170, Leinwand 175—180, Malzblüte 110—115, Senf, böhm., sauer, ungepreßt, Prag 52—55, Senf, böhm., süß, ungepreßt, Prag 64—67, Senf, böhm., sauer, gepreßt, Prag 57—60, Senf, böhm., süß, gepreßt, Prag 60—72, Roggenstroh in Bündeln, ungepreßt, Prag 55—55, Futterstroh, gepreßt, Prag 38—40, Futterstroh, ungepreßt, Prag 34—36, amerit. Fett, Teischen 1330—1360, Preiside böhm. und mähr. Eier per Schod 34—36, frische slowakische Eier 32—34.

Literatur.

Der „Wahre Jacob“, der ab 1. Juli d. J. von Verlag J. G. W. Diez Nachf. erneut herausgegeben wird. (Die 1. Nummer erscheint bekanntlich am 9. Juli) hat in der Weltliteratur Deutschlands eine überaus bedeutende Rolle gespielt. Sein Begründer Heinrich Diez, dem eine erstaunliche Arbeitskraft neben dem Riesenerfolg seines Lebens, der Begründung des wissenschaftlichen Zentralverlages und Buchvertriebs der deutschen Sozialdemokratie, noch die Vertreibung eines der Satire, dem Humor und der Unterhaltung gewidmeten Blattes gestattete, verstand aus dem „Wahren Jacob“ in einer Zeit, die die Weltliteratur Deutschlands weit weg von der Seite des verkäuflichen, ringenden Volkes geführt hatte, eine Zeitschrift zu machen, die sofort zum Herzen des Volkes sprach. Gestaltet wurde sich der 1887 herausgebrachte „Wahre Jacob“ in den ersten Jahren seines Bestehens den Maßstäben des Ausnahmewerkes zu erwidern; als das Schandgesetz fiel, wurde das Blatt schnell zu einem künstlerisch, literarisch und politisch verwirklichten Faktor der deutschen Öffentlichkeit. Viele Dichter, Schriftsteller und Zeichner, die später zu erstem Rang im geistigen Deutschland aufstiegen, haben sich im „Wahren Jacob“ die Sporen verdient. Die Karikaturen neben der großen Weltliteratur widmeten den politischen und literarischen Karikaturen des „Wahren Jacob“ als Meinungsaussagen des „anderen Deutschland“ besondere Beachtung. Die Auflagenziffer stieg erstaunlich; als um die Jahrhundertwende das zweite Hunderttausend weit überschritten war, konnte Heinrich Diez mit Genugtuung konstatieren, daß der „Wahre Jacob“ eine Auflage erreicht habe, wie sie noch — mit einziger Ausnahme des Londoner „Punch“ — kein europäisches Blatt erreicht hatte. Die Erträge des „Wahren Jacob“ kamen dem immer großzügiger sich gestaltenden Ausbau der wissenschaftlichen Literatur der Sozialdemokratie zu Gute. Bis in seine letzten Tage hinein war Heinrich Diez um die Ausgestaltung des „Wahren Jacob“ bemüht. Krieg und Inflation jedoch führten zu einer zeitwei-



Seidenstrümpfe doppelt so lange haltbar

Sofort nach dem Tragen, am Abend waschen Sie Ihre feinen Strümpfe in Schwanflocken, wodurch sie doppelt so lange halten. Auch Kunstseidenstrümpfe und feine Florstrümpfe.

Gebrauchsanweisung: Schwanflocken in heißem Wasser gut auflösen, kaltes Wasser zugeben, die Strümpfe darin leicht kneten, nachher in lauem Wasser öfters schwemmen. Vorsichtig ausdrücken, auf ein Tuch über die Seifelhänge hängen und trocknen lassen. Nie reiben, nie wischen. So wächst man Seidenstrümpfe einfach, gefahrlos und angenehm.



Schwan-Seifen-Flocken

Für alles, was Sie selbst waschen und niemand andern anvertrauen

ligen Einstellung des Blattes. Wenn jetzt der „Wahre Jacob“ gegen den kulturellen Nihilismus seines Begründers, entsprechend dem Verhältnisse von 1927 im 40. Jahrgang wieder ins Leben gerufen wird, schneidet in der Satire, flutet im Humor, in der aufrichten Ausrichtung gemäß dem Grundsatze, daß das Beste gerade am wenigsten ist für die Arbeiterschaft, hervorstechend und erstrahlend, so wird er, anstelle von „Lachen und Tränen“ treuend, die Sympathien aller derer für sich haben, die den Wert der politischen Satire begriffen haben und die das Lachen in erster Zeit nicht zu verlieren gewillt sind.

Das Sprachrecht der Tschechoslowakischen Republik, unter Berücksichtigung der Gelehrsamkeit und der Rechtssprechung, mit Hinweisen und erläuternden Bemerkungen versehen von Dr. Leo Epstein in Verlag Gebrüder Ziepel, Gef. m. b. H., Reichenberg, Böhmen. Preis K 50.—. Auf tschechischer Seite ist eine Reihe von vorzüglichen Werken über das in der Republik geltende Sprachrecht erschienen. Diese Werke sind vorwiegend nicht nur in tschechischer Sprache geschrieben, sondern auch von tschechischem Geiste durchdrungen und dies wiegt schwer auf einem Rechtsgebiete, das wie kein anderes national hart umkämpft ist. Die Deutschen, aber auch die anderen nationalen Minderheiten im Staate, sind nun einmal anders zu dem Sprachgesetze eingestellt als die Tschechen und legen es in diesen Punkten anders aus als diese. Sie halten auch die Sprachverordnung in zahllosen Punkten für dem Geiste widersprechend und daher gesetzwidrig und ungültig. Nach diesen zwei Richtungen geht der Rechtskampf. In diesem — wie die bisherige Rechtsprechung des Obersten Verwaltungsgerichtes beweist — ausichtsreichen Kampfe waren die Deutschen, wenn man von dem sprachrechtlichen Gutachten Ziepels absteht, bisher ohne leitenden Rechtsbeistand. Einen solchen bietet das soeben im Verlage Gebrüder Ziepel in Reichenberg erschienene „Sprachrecht der Tschechoslowakischen Republik“ von Dr. Leo Epstein. Es enthält nicht nur sämtliche in der Republik geltende sprachrechtliche Vorschriften und die Materialien zu dem Sprachgesetze, sondern auch die gesamte Rechtsprechung der obersten Gerichte auf diesem Gebiete und eingehende erläuternde Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des Sprachgesetzes und der Sprachverordnung, die das Buch aus einer „Gesetzesausgabe“ zu einem vorzüglichen „Kommentar“ machen. So wird dieses Buch nicht nur allen deutschen Juristen der verschiedensten Gruppen ein unentbehrliches Hilfsmittel sein, sondern wird auch allen deutschen Gemeinden, Bezirken und Körperschaften, an die täglich sprachrechtliche Streitfragen herangetragen, unschätzbare Dienste leisten.

Jaroslav Kolman — Cassius, neboh v Ariminale (Mit einem Fuhr im Ariminal.) Der Autor, der nicht nur Gerichts- und Berichtersteller, sondern auch ein erfolgreicher Bühnenautor ist, dessen Spiele auch am Nationaltheater aufgeführt werden, entwirft in diesem Buche sechs interessante Richterporträts von Prager Richtern, widmet den Advokaten ein Kapitel und gibt im Anhange daran eine Sonderausgabe mit interessanteren Fällen aus seiner Gerichtspraxis. Das Buch wird alle interessieren, die der Gerichtspraxis ihre Aufmerksamkeit schenken. J. A.

Kunst und Willen.

Orchesterkonzert der Deutschen Musikakademie. Das diesjährige Schlußkonzert der Prager Deutschen Musikakademie, mit dem gleichzeitig die Reihe der öffentlichen Musikabende dieser Anstalt beendet wurde, war den Absolventen der Kapellmeisterschule Alexander Zemlinskýs, des gegenwärtigen Direktors der Akademie, gewidmet. Drei Dirigentenamtanten legten in größeren und kleineren Aufzügen Proben ihrer unter Zemlinskýs Anleitung erworbenen Fähigkeiten ab. Inwiefern das vorbereitende Studium und die Interpretation der durch sie angeführten Werke ihr eigenes Verdienst ist, entzieht sich unserer Beurteilung; sicher aber war die Hand ihres genialen Lehrmeisters überall im Spiele und sorgte dafür, daß der verwendete Chor- und Orchesterapparat den Probedirigenten als williges Werkzeug zur Verfügung stand. Die profanische Zukunft wird also erst lehren müssen, ob der eine oder andere Dirigentenaspirant auch selbstständig zu arbeiten versteht. Ein wirkliches Kapellmeisteramtantant scheint Hans Georg Schid zu sein, der übrigens vom Herbst an bereits an das Prager Deutsche Theater verpflichtet ist; denn er zeigte sowohl als Chorleiter als auch in der symphonischen Orchesterbehandlung auffallendes Geschick, Temperament, zuverlässige Zeichnungsbau, rhythmische und dynamische Schattierungsmittel und übersichtlich festes Disziplinvermögen. Da er auch ein ausgezeichnete Pianist ist, sind in ihm alle Voraussetzungen für einen brauchbaren Dirigenten erfüllt. Schid dirigierte eine Symphonie Haydns und drei Frauenchöre von Robert Schumann. Auch Gustav Epiß erwies sich als gewandter, aber mehr eleganter als temperamentvoller Dirigent; jedenfalls hat er mit dem unüblichen Orchesterbegleitung zu Beethovens C-Moll-Flügelkonzert, das die Frl. Schüllerin Frl. Schwarz überaus stillvoll und technisch sauber spielte, den Beweis erbracht, daß er der Partitur und dem Orchester gegenüber fähigste ist. Franz Farašán, der dritte Kapellmeisterkandidat des Abends, war seiner Aufgabe nicht immer gewachsen; eine von Frl. Barbara Reigner komponierte, aber infolge unglücklicher Postierung hinter dem Orchester wenig eindrucksvoll gekungene Konzertarie mit Orchesterbegleitung von W. A. Mozart dirigierte er mit unerwünschter Anhänglichkeit, in Mendelssohns Konzertouvertüre „Meeresstille und glückliche Fahrt“ aber traten die Mängel seiner unbestimmten und unsicheren Zeichnungsbau für das Klangbild zutage. Besondere Anerkennung verdient das aufgeführte Auktalorsorchester, das (bis auf die zweiten Violinen) namentlich in der Haydn-Symphonie mit schöner klassischer Abtönung und Präzision spielte, und der Damenchor der Akademie-Chorschule, der in den gelungenen Chören ebenso gründliche musikalische Schulung wie Diszipliniertheit offenbarte. Das Konzert war auf fallend gut besucht und dürfte dazu beigetragen haben, der Prager Deutschen Musikakademie neue Schüler, neue Freunde und neue Förderer zu gewinnen. —E.

"Ariadne auf Naxos". Richard Strauß' Oper wird Montag wieder in den Spielplan aufgenommen, u. zw. zum erstenmale mit Zulama Fiska in der Partie der Ariadne. Dirigent: H. W. Steinberg. (188-4)

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch (186-2), 7 1/2 Uhr: "Bonny spielt auf." Donnerstag (184-4), 7 1/2 Uhr: "Ein besserer Herr." Freitag (187-3), 7 Uhr: "Nigaro's Hochzeit." Samstag (189-1), 7 Uhr: "Alte Heidelberg." Sonntag (190-2), 7 Uhr: "Rastelbinder." Montag (188-1), 7 1/2 Uhr: "Ariadne auf Naxos."

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch: "Der Garten Eden." Donnerstag: "D'far, Tak dich nicht verführen." Freitag: "Der gefällige Idiott." Samstag: "Wette." Sonntag, 7 1/2 Uhr: "Ein besserer Herr." Montag: "Kopf oder Schrift."

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

S. J. Prag. Mittwoch, den 22. Juni, halb 8 Uhr. Deutsche Technik, Hofsaal XX, Vortrag Dr. Klein: "Alt-Prag".

Turnen und Sport.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband Kindertag.

Wir ersuchen unsere Vereine nochmals, an der Durchführung des Kindertages nach Kräften mitzuwirken.

Rechnet mit allen Schülerabteilungen daran teil! Der Vorstand.

Internationales Sportfest in Helsingfors.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

24. Helsingfors, 19. Juni. (Eig. Trosther.) Finnlands Hauptstadt Helsingfors stand von Donnerstag bis Sonntag im Zeichen eines internationalen Arbeiter-Sportfestes. Die Stadt war voller Menschen, man sah viele bunte Trachten. Am Volkshaus wehten die Fahnen der einzelnen Länder, die Sportgenossen zur Teilnahme an dem internationalen Wettkampfe einlud: Deutschland, Österreich, Amerika, Rußland, Schweden, Dänemark und die Niederlande. Alle die Fahnen wurden weithin übertragt von der roten Fahne, die vom Turm des Volkshauses weithin sichtbar grüßte. Ein imposantes Bild bot bereits die Eröffnungsfeier am Donnerstag abend im Palkokentia Stadion, zu der sich über 10.000 Menschen eingefunden hatten. Am Namen des finnischen Arbeiter-Sportverbandes begrüßte Riffola die ausländischen Gäste. Nach ihm sprach der finnische Ministerpräsident Tanner.

Die sportlichen Wettkämpfe wurden am Freitag und Samstag ausgetragen. Die Beteiligung an den einzelnen Wettbewerben war außergewöhnlich groß, da die internationale Veranstaltung gleichzeitig das erste finnische Bundesfest der Arbeiterpartei war. Wie schwer die Kämpfe waren, ergibt am besten die Tatsache, daß die deutschen Leichtathleten keinen einzigen Sieg erringen konnten. Die Konkurrenz war zu stark, zumal die Finnen selbst erstklassige Läufer an den Start brachten. Im 5000-Meter-Lauf konnte Wagner-Deutschland das mit jeder Runde sich steigende Tempo nicht halten, er wurde aus der Spitzengruppe verdrängt und wurde in der Zeit von 15:57 Min. Siebenter. Im 100-Meter-Hürdenlauf konnte Wels-Deutschland sich in 60.2 Sek. als

Zweiter placierte. Die 4x100-Meter-Staffel konnte Deutschland durch Verlegung eines Sprinters nicht belegen, dabei wäre hier nach der bestglanzenden Zeit der Finnen (45.1 Sek.) Aussicht auf Erfolg gewesen. Zur den 200-Meter-Lauf hatte sich nur Frese-Bremen durchgesetzt. Er lief tapfer und aufopfernd und endete knapp 2 Meter hinter Wall-Finnland als Dritter. Der deutsche Wehrkämpfer Mchwald zeigte achtbare Leistungen im Weisprung (6.30 Meter) und Hochsprung (1.70 Meter); außerdem wurde er Erster im 110-Meter-Hürdenlauf in 17.2 Sek. Parthel-Deutschland warf den Diskus 32.70 Meter, den Schleuderboll 47.39 Meter.

Am Nachmittag fanden bei einer Wassertemperatur von nur 14 Grad die Schwimmwettkämpfe statt. In Finnland gibt es kein einziges Hallenschwimmbad, so daß den finnischen Schwimmgenossen eine planmäßige Übungsgelegenheit fehlt. Großer Beliebtheit erfreut sich das Turnspringen. Einen prächtigen Eiswettbewerb schwamm Irma Lumivalko. Aufstehend spielten sich im Freien bis gegen Mitternacht, — so lange blieb es noch hell — Ring- und Bogtsämpfe ab. Abends 8 Uhr wurde das internationale Fußballspiel Moskau (Lebensmittelarbeiter) gegen Abo (Leinwand) ausgetragen, das die Finnen dank ihrer Schnelligkeit und ungeheuren Ausdauer mit 3:2 (0:0) gewannen. Bis in die späten Nachstunden wohnten Tausende den Schwimm-, Turn- und Leichtathletischen Vorführungen auf den verschiedenen Sportplätzen bei. Die deutsche Turntruppe, der schon vom Sportfest in Riga her ein guter Ruf vorausging, war in glänzender Form, so daß alle vier Sportgenossen recht gut abschnitten. Die folgenden Bestleistungen bei den Wettkämpfen lassen deutlich erkennen, mit welchem Vorsprung der finnische Arbeitersport seine internationale Bedeutung verteidigte.

Ergebnisse:

500-Meter-Lauf: 1. Kaila-Finnland 15:22.1 Min. — 800-Meter-Lauf: 1. Bothas-Finnland 1:57.5 Min. — 100-Meter-Hürdenlauf: 1. Mattila-Finnland 59 Sek. — 200-Meter-Lauf: 1. Wall-Finnland 22.7 Sek. — 200-Meter (Frauen): 1. Anderson-Dänemark 28.1 Sek. — 4x100-Meter-Staffel (Männer): 1. Finnland 45.1 Sek. Weisprung (Frauen): 1. Schamanova-Rußland 5.38 Meter. — Kugelstoßen (Frauen): 1. Schamanova-Rußland 9.38 Meter. — Kugelstoßen (Männer): 1. Korhonen-Finnland 13.49 Meter. — Schleuderboll (Männer): 1. Tammi-Finnland 48.97 Meter. — Hochsprung (Männer): 1. Virtanen-Finnland 1.80 Meter. — Hammerwerfen (Männer): 1. Laisto-Finnland 42.11 Meter. — Weisprung (Männer): 1. Rummelst-Finnland 6.82 Meter. — Diskus (Männer): 1. Zulfanov-Finnland 38.36 Meter. — Männer-Einstunden: 1. Mäki-Finnland 136.6 Punkte. — 20 Kilometer Straßenfahren: 1. Matokä-Finnland 38.48 Minuten.

Schwimmen: 100 Meter, beliebig (Frauen): 1. Irma Lumivalko-Finnland 1.37 Min. — 1000 Meter (Männer): 1. Silding-Blad-Schweden 18:30 Min. — 100 Meter Rücken: 1. Lindholm-Finnland 1:32.9 Min. — 4x100 Meter-Staffel: 1. Kottau-Rioto 5:19.1 Min. — Gerades Turnspringen: 1. Seini-Finnland 33.75 Punkte. — Springen von der Traumpfanne: 1. Väbrin-Finnland 71.86 Punkte.

Am Sonntag bewegte sich ein Festzug mit 7000 Teilnehmern durch die Straßen der Stadt, die von Tausenden von Menschen besetzt waren zum Stadion, wo sich eine begeisterte Menschenmenge von über 10.000 Personen eingefunden hatte. Ungeheuren Jubel lösten die vorzüglich vorgeführten Massensportübungen aus. Unter großer Spannung wurde dann das zweite Fußballspiel Rußland gegen Finnland ausgetragen, das diesmal die Russen, die bedeutend besser und schneller waren und überlegen spielten, mit 5:0 (Halbzeit 3:0) gewannen.

Die Ringkämpfe, die am Sonntag nachmittags durchgeführt wurden, hatten folgendes Ergebnis:

53 Kilogramm: 1. Eponen-Finnland; 58 Kilogr.: 1. Peltonen-Finnland; 75 Kilogr.: 1. Gerdt-Finnland; 82.5 Kilogr.: 1. Juhola-Finnland.

Die gesamte Veranstaltung, die bei prächtigem Wetter durchgeführt wurde, bedeutete einen großen Erfolg für den finnischen Arbeiterport.

Das Arbeitersportfest in Riga scheint seinen Eindruck auf die lettische Regierung nicht verfehlt zu haben. Der lettische Kulturfonds hat beschlossen, dem Verbands der bürgerlichen Sportverbände 3500 Lat und den gleichen Betrag dem Arbeitersportverband zu überweisen.

Die Leichtathletikmeisterchaften der Arbeiterturner und Arbeiterschwimmer Österreichs.

Sehr starke Beteiligung. — Acht neue Bestleistungen.

Wien, 20. Juni. Die Leichtathletik erhält nun, nachdem sie in der Arbeitersportbewegung Eingang gefunden hat, ihren gebührenden Platz. Vor allem der Arbeiterturn- und Sportbund, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Jugend für diese schönsten aller Sportarten zu interessieren. Das es mit der Leichtathletik in unserer Arbeitersportbewegung vorwärts geht, beweisen die Samstag und Sonntag auf dem Hofabplatz durchgeführten Meisterchaften des Wiener Arbeiterturn- und Schwimmvereines. Die Beteiligung an beiden Tagen war eine ausgezeichnete und was die gebotenen Leistungen anlangt, so können wir zufrieden sein. Denn trotz der nicht gerade günstigen Witterung, Samstag regnete es und Sonntag meinte es die Sonne viel zu gut, wurden nicht weniger als acht neue Bestleistungen aufgestellt und auch sonst durchwegs vorzüglicher Sport gezeigt. Nachstehend bringen wir die Ergebnisse der Ersten der einzelnen Bewerbe.

Erster Tag.

Sportler: 800-Meter-Lauf: 1. Bonel (Schwimmverein) 2:04.5. — 3000-Meter-Lauf: 1. Weigel (Rudolfsheim) 9:32.7 (Kreisbestleistung). — 4x100 Meter: 1. Zimmering (Dreife, Hoch, Holzger, Ludwig) 46.4. 2. Schwimmverein 47.1; 3. Ottakring 48.1. — 3x1000 Meter: 1. Ottakring (Maat, Seidenstümpel, Bauer) 8:47.5; 2. Favoriten 8:52.4; 3. Schwimmverein 8:52.8. — Schwedische Stafette: 1. Ottakring 2:14. 2. Zimmering 2:16.2. 3. Schwimmverein 2:18.4. — Kugelstoßen: 1. Pittner (Favoriten) 10.88 Meter. — Diskuswerfen: 1. Germa (Schwimmverein) 31.93 Meter. — Weisprung: 1. Freudmann (Afergrund) 6.22 Meter. 2. Schmidt (Ottakring) 6 Meter. — Dreisprung: 1. Krois (Ottakring) 12.55 Meter.

Sportlerinnen: Olympische Stafette: 1. Ottakring 37.6. 2. Afergrund 38.3. 3. Schwimmverein 38.4 Sekunden. — Speerwerfen: 1. M. Huber (Währing) 28.90 Meter (Kreisbestleistung). — Hochsprung: 1. Pittil (Ottakring) 1.35 Meter. — Schleuderbollwerfen: 1. Zeughaus (Favoriten) 32.60 Meter. — 200-Meter-Lauf: 1. Solzmann (Margareten) 28.2.

Zweiter Tag.

Sportler: 100-Meter-Lauf: 1. Holzger (Zimmering) 11.6. — 200-Meter-Lauf: 1. Freudmann (Afergrund) 24.5. — 400-Meter-Lauf: 1. Pillwachs (Schwimmverein) 55.5. — 1500-Meter-Lauf: 1. Gollisch (Schwimmverein) 4:21.2 (Kreisbestleistung). — 5000-Meter-Lauf: 1. Weigel (Rudolfsheim) 16:28 (Kreisbestleistung). — 4x100 Meter: 1. Schwimmverein 3:41.6 (Kreisbestleistung); 2. Zimmering 3:46.2; 3. Ottakring 3:46.8. — Olympische Stafette: 1. Zimmering 3:57.2; 2. Favoriten 3:58.3; 3. Briggittenau 4:03.7; 4. Leopoldstadt 4:09.6. — Speerwerfen: 1. Starke (Ottakring) 46.06 Meter (Kreisbestleistung). — Hochsprung: 1. E. Raßl (Rudolfsheim) 1.60 Meter. — Stabhochsprung: 1. Belohlawel (Afergrund) 3.10 Meter.

Sportlerinnen: 100-Meter-Lauf: 1. Hermann (Ottakring) 13.5. — Kugelstoßen: 1. Zrombach (Schwimmverein) 8.17 Meter (Kreisbestleistung). — Diskuswerfen: 1. Zrombach (A. S. S.) 21.35 Meter. — Weisprung: 1. Fowolny (Brigittenau) 4.72 Meter (Kreisbestleistung). — 4x100 Meter: 1. Ottakring 34.5; 2. Favoriten 35.9; Schwimmverein und Afergrund im toten Rennen, 57.5.

Leichtathletik.

Breslauer Straßenläufe. Unter Teilnahme von weit über 1000 Sportlern und Sportlerinnen wurden am Sonntag die Straßenläufe der Breslauer Arbeiterpartei durchgeführt. Gegen 3000 Zuschauer hatten sich am Ziel eingefunden zur Beobachtung der spannenden Endkämpfe. Rund 150 Ordner sorgten für gute und glatte Durchführungen. Das Arbeiterpartei-Staffel hatte an die Kinder der Zuschauer viele Händchen mit Reklameaufdruck für den Reichsarbeiterparteiport verteilt. Die trefflich gelungene Durchführung der Veranstaltung hat auch bei dem Wirgertum einen großen Eindruck hinterlassen. Frömmelnde, maderische Kirchgänger erhoben allerdings Protest, weil sie Sportlern mit entblößtem Oberkörper begegneten. Die Veranstaltung stieg noch einer Ansprache in dem gemeinsamen von Tausenden angehörten Zornlied der Arbeiterpartei aus. — Ergebnisse, Männerlauf: 16.400 Meter: Schwimmverein Pofeidon 15:47 Min.; 2. Athletenverein Nord-St 15:56.00.5 Min.; 3. 7. Männerabteilung der Freien Turnerschaft Breslau. Frauenlauf: 1.400 Meter: 1. 4. Frauen-Abteilung Freie Turnerschaft Breslau 3:31.00.2 Min.; 2. 2. Frauen-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau 3:00.5 Min.; 3. 3. Frauen-Abteilung Freie Turnerschaft Breslau 3:00.8 Min. — Jugendlauf: 3100 Meter: 1. Schwimmverein Pofeidon 7:36.00.3 Min.; 2. 4. Jugend-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau 7:40.00.6 Min.; 3. Freie Arbeitervereinigung Breslau 7:40.00 Min.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czjch
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Steinhilber
Druck: Deutsche Zeitungs- und Anzeigen-Gesellschaft in Prag
Für den Druck verantwortlich: Otto Holth, Prag

Allen Genossen und Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- u. Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Buchbinderei, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Fagelstellung von 300.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271 Postsparkassa Nr. 127 863.

Leopold Kramers Abschied.

Denkwürdige Vorstellung und Feier.

Gestern abends hat der Schauspieler und der Direktor Leopold Kramer sich von Prag verabschiedet. haben Publikum und Theater von ihm Abschied genommen. Vorweg sei gesagt, daß allen Teilen dieser Abschied schwer fiel. Kein Wunder auch; denn gestern fiel nicht nur der Vorhang über eine Szene von neunundzwanzig Jahren, sondern auf ebendieser Szene stand auch im Mittelpunkt einer, der als Künstler, Führer und Mensch ein ganzer Mann war und geliebt ist, mag auch oft so manches und vieles Kritik und nicht immer sanfte Kritik gewekt haben. Aber: nehmt alles nur in allem ...

Der Schauspieler Kramer hatte zu seinem letzten Auftreten in der eigenen Aera drei Einakter von Felix Salten gewählt, also jenes leichtere, doch nicht leichte Genre, in dem er Meister ist. Er ging als der männlich-elegante „Graf Festenberg“, er hielt „Auferstehung“ als vornehmer, überlegen entsetzender Konstantin Trübenacker und spielte schließlich in den „Lebensgefährten“ sich selber, den gefeierten Künstler, den Individualisten, der schließlich in jedem echten Künstler steckt und mit dessen Schattenseiten die lebensvolle Wärme, die hinreichende Begeisterung für die Kunst verfohnt. Es gibt vielleicht auf der deutschen Bühne derzeit keinen zweiten, der so wunderbar wie Kramer den Ton Salten'scher Komödie trifft: jener Komödie, die nach einem ungefähren Wort Alfred Polgars immer dort schief zu gehen droht, wo sie tiefste Lebensprobleme lösen will, die aber immer ausgezeichnete Theaterwirkung sicher ist, wo sie sich mit Milieuschilberung, mit der Aufhebung einiger Dichter begnügt. Da ist nun Kramer am Platz, im Garmantone Ton, der die Herzen gewinnt, in der adeligen Manier, die bestirnt, in der reservierten und doch so nachfühlbaren Art des Bonvians, der mit dem Leben fertig wird, indem er es cavaliermäßig behandelt. Und diesmal konnte

man sich während aller drei Einakter nicht dem Eindruck entziehen, daß Kramer irgendwie in jede einzelne seiner Rollen etwas von dem Sentiment und von der Würde des Abschieds mit hineinlegte, in die Niederlage des Grafen Festenberg, in den Verzicht des Trübenacker und natürlich ganz besonders in den Triumph des jubelnden Hofschau-spielers Heinrich Kron.

Hofschau-spieler! Man hat es gestern vielfach im Theater gehört und es ist auch richtig, daß die gestrige Vorstellung burgtheatralisch war, vor allem natürlich durch Kramers Leistung, aber auch trotz der Gesamtdarstellung und der ausgezeichneten Mitwirkung der Träger aller anderen Hauptrollen. Es ist nicht nur Höflichkeit, wenn wir hier an erster Stelle Frau Glöckner-Kramer nennen, die sich auch als Katharina Kron, als ihres Gatten ebenbürtige Gattin erwies. Stillschönheiten in gewohnter Weise war die Medea als Marie in der „Auferstehung“, glänzend zeichnete in derselben Komödie Hörbigger den Leopold Schenk. Vorzügliche Episoden schufen Fräulein Wessely und die Herren Krenner, Padlesal und die kleine Ledere und voll echter Empfindung war Tilde Ondras Gräfin.

Das volle Haus war vom Anfang an in feierlicher und begeisterter Stimmung. Kramer wurde nach jedem Einakter stürmisch und herzlich gefeiert, wurde bei seinem Austritt im letzten Spiel spontan applaudiert und nach dessen Schluß wollte der Beifall gar kein Ende nehmen. Kramer dankte in sichtlich tiefer Ergriffenheit, die ihn schon während der Komödie (übrigens durchaus zum Vorteil der Darstellung) wiederholt gepackt hatte. Der Abschied, den das Prager Publikum von seinem Lieblingschauspieler Kramer nahm, war ebenso würdig wie verdient.

Nach Schluß der Vorstellung fand bei offener Szene eine große Abschiedsfeier statt. Das gesamte Personal hatte sich in Festkleidung auf der Bühne versammelt, die von Blumenpenden und anderen Liebes- und Ehrenzeichen für Kramer fast überfüllt war. Der Ge-

feierte wurde mit einem musikalischen Tusch empfangen. Dann hielt Wirtschaftsdirektor Weinert an Kramer eine längere Ansprache, die wiederholt vom Beifall des Publikums unterbrochen wurde, wo die Verdienste Kramers um das Prager deutsche Theater hervorgehoben wurden. Herr Fleischmann verabschiedete sich namens des gesamten Personals von dem Direktor und Kollegen Kramer und kennzeichnete in humorvoll-sympathischer Weise Kramers liebenswerte Charakterzüge. Oberregisseur Liebl würdigte in erster, gut durchdachter Rede Kramers Hingabe an die Kunst und an das Institut, das er nun verläßt, seine vornehme und laute Gesinnung, seine Ehrlichkeit und seine Schenkergabe, die sich am trefflichsten in der Schöpfung der Kleinen Bühne zeigte, jenes Theaters, das Kramer Prag als Präsent hinterließ. Ueberaus ehrennd für Kramer war, was Kössner als Vertreter des Bundes der deutschen Bühnengestalten sagte; daß Kramer nämlich immer bewies, daß er auch als Direktor und Vorsitzender des Direktorenverbandes stets zumindest mit der Hälfte seines Herzens auf Seiten der Künstler stand und ihren Wünschen und Forderungen immer größtes Verständnis entgegenbrachte. Wir verabschieden uns, sagte Kössner, dankend vom Direktor Kramer und heißen gleichzeitig den Kollegen Kramer herzlich in unseren Reihen willkommen. Dann verabschiedeten sich noch in kurzen Worten die Vertreter des Pensionsfonds des deutschen Theaters, der Prager deutschen Männergesellschaft und des Ausschusses der Stadttheater, das ein Mitglied zu der Feierlichkeit ernannt hatte. Kramer, der während der ganzen Feierlichkeit immer wieder mit seiner Nahrung und Wehmut zu kämpfen hatte, dankte in längerer Rede, in der er zum Ausdruck brachte, wie schwer und ungerne er von diesen Plaque scheide. Er empfinde es als größte Genugtuung, daß er nun, nachdem sich so manches Beiliede abspielte, so überreich gefeiert werde. Es war sein ernstestes Streben, das Pra-

ger Theater zur Großstadtbühne zu machen und er ist überzeugt, daß ihm das wenigstens in den Spitzenleistungen gelungen ist. Er hat das Beste gewollt für diese Bühne, die er grenzenlos liebt und der er seit der schweren Zeit des Umsturzes bis zum heutigen Tage mit seiner ganzen Kraft gedient hat. Kramer dankte allen für diesen Abend, den er als eines der größten Ereignisse seines Lebens bezeichnete, nahm Abschied vom Personal und vom Publikum und legte diesem zum Schluß ans Herz, das Prager deutsche Theater nach Kräften, also mehr als bisher, zu fördern. In heifer Dankbarkeit nahm er die Geschenke entgegen, die ihm gereicht wurden, vor allem die der Kunstlerchaft.

Unter einem Sturm von Applaus und Ovationen senkte sich der Vorhang. Nachher fand auf der Bühne noch eine interne Nachfeier statt, in der Professor Afla namens des Theatervereins mit höchster Anerkennung von den Verdiensten sprach, die Kramer insbesondere in der gefahr-vollen Zeit nach dem Umsturz um das Prager deutsche Theater sich erwarb.

Damit erscheint die Periode Kramers für abgeschlossen, über die auch wir demnächst noch umfassendes sagen werden. Hier sei nur nochmals festgelegt, daß auch wir, die wir zuweilen zu Kritik Anlaß fanden, das Gesamtverdienst Kramers nie verkannten und es natürlich besonders heute in vollster Anerkennung ausprechen. Kramer wird allen, die sein Werk miterlebten, als ernster Künstler, als ausgezeichnete Darsteller und als vornehmer Mensch in Erinnerung bleiben. Er hat seiner Tätigkeit in Prag einen unvergänglichen Schlußpunkt gesetzt, indem er gerade in der Zeit, die seine Abschiedszeit war, nicht einen Augenblick sein Wirken verminderte und bis zum Ende voll seine künstlerische Pflicht erfüllte. Dafür und für alles das, was er in den neun Jahren geschaffen hat, sei ihm hier auch von uns schon hier Dank ausgesprochen. L. G.